



Vor dem Rathaus demonstrierten am Freitag rund 400 Aramäer und Assyrer, darunter auch Kinder, für ein öffentliches Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des von ihnen beklagten Völkermords Seyfo von 1915. Viele trugen Kreuze, Kerzen und Fahnen bei sich. Bilder: Dinkels

Runder Tisch anstelle eines Kompromisses

Von unserem Redaktionsmitglied GERRIT DINKELS

Gütersloh (gl). Ein Mahnmal für die Opfer des Massenmords an Christen vor 100 Jahren im Osmanischen Reich auf einem zentralen Platz wird es in Gütersloh nicht geben. Der Antrag der drei Syrisch-Orthodoxen Kirchengemeinden ist am Abend im Stadtrat nur von den Linken und von Ischo Can (CDU) befürwortet worden. Anstelle eines Kompromisses wurde einhellig ein Runder Tisch beschlossen.

Dem Runden Tisch sollen die Antragsteller, Vertreter des Christenrats, Ratsmitglieder, Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der Evangelischen und der Katholischen Kirchengemeinden, der aramäischen und assyrischen Vereine sowie Vertreter der Türkischen Gemeinde angehören. Dieser große Kreis soll „ergebnisoffen“ nach einer Lösung suchen. Ein von der CDU favorisierter Kompromiss, nach dem eine Gedenkstätte auf dem Ehrenfriedhof an der Straße Unter den Ul-

men und auf dem Johannesfriedhof an der Herzebrocker Straße eingerichtet werden könnte, war schon vor der Sitzung im Ältestenrat nicht mehrheitsfähig.

Bürgermeisterin Maria Unger (SPD) betonte zu Beginn der Sitzung, der Antrittsbesuch des türkischen Generalkonsuls im Dezember habe mit der Debatte um das Mahnmal nichts zu tun gehabt. Eine Stellungnahme der türkischen Gemeinde sei bei der Erörterung mit bedacht worden, mehr aber auch nicht. Das Wort „gewürdigt“ in einer Vorlage hatte Irritationen ausgelöst.

Auch CDU-Fraktionschef Heiner Kollmeyer versicherte: „Eine Stellungnahme, die den Genozid leugnet, kann für uns als CDU nicht akzeptabel sein.“ Das Anliegen eines Mahnmals, um eine Erinnerungskultur zu schaffen, sei sehr berechtigt. Es zeichne sich aber ab, dass die Antragsteller nicht mehr auf einem zentralen öffentlichen Platz beharren, wofür er dankbar sei. Der Runde Tisch soll „keine Alibi-Runde sein“, um sich davonzustehlen.

SPD-Fraktionschef Thomas

Ostermann sagte, ein Mahnmal habe immer zwei Seiten. Es weise in die Vergangenheit und zeige, was Schreckliches passiert sei. Man komme nicht darum herum, sich mit Geschichte auseinanderzusetzen. Ein Mahnmal müsse aber auch in die Zukunft gerichtet sein („Nie wieder“) und dazu auffordern, sich zu versöhnen.

„Hoffentlich trägt der Runde Tisch wirklich zu einer Befriedung bei“, sagte Birgit Niemann-Hollatz, Fraktionssprecherin der Grünen. Sie äußerte wie auch BfGT-Chef Nobby Morkes Bedenken, dass die Runde eine Lösung bringt. Morkes: „Ein Mahnmal an einer zentral gelegenen Stelle für eine Bevölkerungsgruppe lehnen wir ab.“ Das wäre eine Benachteiligung aller anderen Gruppen.

Manfred Reese (Linke) sagte: „Ein Mahnmal ist nicht dazu gedacht, mit dem Finger auf Dritte zu zeigen und zu sagen, das sind die Übeltäter.“ Peter Kalley (UWG): „Man kann davon ausgehen, dass die Antragsteller niemandem zu nahe treten wollen, aber das werden die türkischen Mitbürger anders empfinden.“

Zitate

□ „Die Stadt Gütersloh erklärt ihre Solidarität mit den Opfern von Vertreibung, Verfolgung, Gewalt, Verbrechen und Völkermord. Den syrisch-orthodoxen Christen und vielen anderen Menschen, die als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind, hat sie in den zurückliegenden Jahren eine neue Heimat geboten.“

Maria Unger (SPD), Bürgermeisterin

□ „Als Christen leben wir zum ersten Mal in einer Stadt, in der wir in Frieden und Freiheit leben können. Wir haben nicht die Absicht, den Frieden in der Stadt zu stören, und wir wollen auch niemanden beleidigen.“

Sleman Djallo, Pfarrer Gemeinde St. Stephanus

□ „Für die Meisten ist es nicht selbstverständlich, dass wir hier friedlich zusammenleben. Dafür bin ich Gütersloh und Deutschland dankbar. Aber es ist unfassbar schwierig, sich mit denen auseinanderzusetzen, die das alles abstreiten.“

Ischo Can, CDU-Ratscherr

□ „Das Massaker von 1915 ist singular und mit anderen Ereignissen in Kleinasien nicht auf eine Stufe zu stellen.“

Hans-Peter Rosenthal, Ratscherr der Grünen

Kommentar

Von unserem Redaktionsmitglied GERRIT DINKELS

Mit großer Ernsthaftigkeit hat sich der Stadtrat mit dem Wunsch der syrisch-orthodoxen Kirchengemeinden nach einem Mahnmal auf einem zentralen öffentlichen Platz beschäftigt. Das Ergebnis auch nach vier Runden des Ältestenrats ist Ausdruck der Ohnmacht. Hier wird ein Konflikt ausgetragen, den die Gütersloher Politik nicht lösen kann. Der Wunsch von Aramäern und Assyrern, in ihrer neuen Heimat einen zentralen Ort zu haben, an dem sie des Verbrechens an ihrem Volk gedenken können, ist legitim und

verständlich. Warum es ein zentraler öffentlicher Ort sein muss, damit gleichsam ein städtisches Mahnmal, ist für Dritte, die diese Erinnerungskultur nicht teilen, nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil: Ein öffentliches Mahnmal trägt nicht zum Frieden in einer Stadt bei, in der Menschen aus 116 Ländern leben – wohl die meisten davon mit ihrer eigenen Geschichte. Dass der Runde Tisch eine einvernehmliche Lösung bringt, ist kaum wahrscheinlich. Die Antragsteller wären gut beraten, in eigener Verantwortung einen Ort zu wählen, an dem sie am 24. April der Opfer und ihrer Geschichte gedenken können.



Sprachen zu den Teilnehmern der Kundgebung und beten mit ihnen: (v. l.) Pfarrer Sleman Djallo, Nuri Akbaba von der Syrisch-Orthodoxen Kirchengemeinde St. Maria und CDU-Ratscherr Ischo Can.